

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 30.—, vierteljährl. M. 90.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 96.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 1.—Bfg. ; Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum M. 2 50, auswärts M. 3.00. ; Reklame-
zeile M. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 2 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. ; In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Vertreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Waldbad.

Num. 177

Februar 179

Waldbad, Dienstag, den 1. August 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Die streikenden Seeleute in Hamburg haben auf Grund des bereits mitgeteilten Schiedspruchs mit großer Mehrheit sich für Beendigung des Auslands entschieden.

Der Garantieauschuss hat gegen die neue Erhöhung der deutschen Beamtengehälter und Reichsarbeiterlöhne Einspruch erhoben, da die Reichsregierung damit den Rechten gegenüber der Verbände-Überwachung vorgegriffen habe. — Schon ein kleiner Vorgeschnad der „Finanzüberwachung!“

Der polnische Sejm erklärte die Wahl Korzantus mit 222 gegen 202 Stimmen für ungültig. Pilsudski ernannte darauf den Universitätsprofessor Julius Nowak zum Ministerpräsidenten, was der Sejm mit 284 gegen 240 Stimmen bestätigte.

Orlando hat die ihm abermals aufgetragene italienische Kabinettsbildung wieder abgelehnt, nachdem die Sozialisten sich geweigert hatten, mit den Faschisten oder der Rechten zusammenzuarbeiten.

Die Griechen haben in Rodasso 25 000 Mann zum Vormarsch gegen Konstantinopel gelandet. Der griechische Befehlshaber in Paris um die Ermächtigung nach Konstantinopel zu befehlen. Poincaré lehnte dies ab. Auch die englische Regierung soll gewarnt haben. Ein englisches Bataillon ist von Malla nach Konstantinopel geschickt worden. — In Jonien, der vielfach von Griechen bewohnten Südwestküste von Kleinasien, soll die „Unabhängigkeit“ von der Türkei ausgerufen werden.

Die türkische Regierung in Angora hat nach einer Ergebenheitsklärung, sie werde auf Konstantinopel marschieren lassen, wenn die Griechen in Mazedonien die Dshaba-Dschama überschreiten.

Der griechische Oberkommissar hat am 31. Juli die Selbständigkeit von Smyrna ausgerufen.

Gewerkschaftsführer der amerikanischen Eisenbahner haben Vermittlungsvorschläge des Präsidenten Harding abgelehnt; man glaubt, daß die Regierung den Eisenbahnbetrieb in die Hand nehmen wird. Die Lage im Streik der Grubenarbeiter hat sich gleichfalls verschärft. Der Kohlenmangel nimmt zu, obgleich die Regierung die Kohlenausfuhr verbietet hat.

Wo stehen wir?

Wir haben nach einem langen schweren Krieg den Frieden. Oder wenigstens den Friedensvertrag. Aber wo stehen wir, wo steht Europa heute? Als die Waffen ruhten, hätten die „Ärzte“ auf eine Wiedergesundmachung bedacht sein sollen. Sie haben sich alle als Pflücker erwiesen. Der Friedensvertrag hat Europa tiefer in den Abgrund gezogen. Auch die „Sieger“ sind ihrer Beute nicht froh geworden. Ungeheure Arbeitslosigkeit in England und Amerika, zerrüttete Finanzen in Frankreich, Störung der Geschäfte, Arbeitslosigkeit und Zusammenbrüche in den neutralen Ländern, der Untergang Rußlands, Weltwirtschaftskrisis sind das Kennzeichen der Lage, Balutaelend ist das Merkmal des noch unglücklicheren Teils von Europa. In Deutschland zerstört jeder neue Sturz der Mark einen Teil der Hoffnung auf Befundung. Die vergangene Woche hat zu einem geradezu bellenden Tiefstand geführt. Für Deutschland bedeutet dies Häufung schwerer Sorge, für viele Zuspitzung von Not und Elend.

Ende Juli 1914 hatte der jetzt die Weltvaluta beherrschende amerikanische Dollar in Deutschland einen Wert von 4.16 M., Ende Juli 1918 von 5.99 M., 1919 17.12 M., 1920 42.50 M., 1921 80.82 M., November 1921 298 M., 1. Juli 1922 399 M., 21. Juli 1922 485 M., 28. Juli 548 M., 29. Juli 615 M. Der sprunghafte Sturz der letzten Tage ist herbeigeführt worden durch die französische Ablehnung des deutschen Besuchs um Herabsetzung der Ausgleichszahlungen. Dieses Besuchs war eine Ergänzung des Besuchs um Stundung der Entschädigungszahlungen, wodurch die kurzzeit auf 2 Millionen Pfund Sterling sich belaufenden monatlichen Ausgleichszahlungen bis Ende 1924 auf eine halbe Million herabgesetzt und die Barzahlungen auf Entschädigungsansprüche der Privaten in den feindlichen Ländern, die sich auf außerordentliche Kriegsmassnahmen gründeten, für die gleiche Zeit gestundet werden sollten. Gerade für diese Privatanprüche, die durch die gemischten Schiedsgerichte teils ungeheuer hinaufgeschraubt, teils sogar doppelt — bei der Entschädigungskommission und bei den Schiedsgerichten — angemeldet und verrechnet worden sind, ist für Frankreich von besonderer Bedeutung,

weil an Frankreich die größten Beträge zu zahlen sind. Dabei besteht die Gefahr, auf die die Frankf. Ztg. aufmerksam macht, daß die Ablehnung der Ausgleichszahlungsstundung nicht ohne Rückwirkung auf die Gewährung der allgemeinen Zahlungsfrist bleibt. Die Erfahrung der letzten Jahre hat ja gelehrt, daß, so lange sich Frankreich der Einsicht verschließt, daß es selber durch die Zerrüttung der Mark in Mitleidenschaft gezogen wird, die Aussichten auf eine befriedigende Regelung durch den „Obersten Rat“ oder wie man die bestimmende feindliche Gewalt nennen mag, gering sind. Der Vertrag von Versailles ist ein Hindernis auf dem Weg zur Vermunft. Aber die Bahn muß durch eine Zahlungsstundung frei gemacht werden, sonst gleitet Deutschland unrettbar vollends hinunter; die Leistungsunfähigkeit muß zu einer dauernden werden. Aber freilich, was kümmert es das verblendete Frankreich von heute, wenn er nur den Rhein als Grenze erhält und über dem zukünftigen Leib Deutschlands triumphieren kann!

Der Angegriffene, nicht der Angreifer

Zum 1. August

Wiederum jährt sich der unheilvolle Tag, der den Weltkrieg und mit ihm namenloses Elend über unser armes Vaterland und einen großen Teil der Menschheit brachte. Wir sehen im Geist die Millionen und Abermillionen von Kämpfern, die hinausjagen, um Haus und Herd, Weib und Kind, Heimat und Vaterland mit ihrem Leib und Leben zu schützen. Wir hören die Glocken, wie sie die Siegesnachrichten mit ihren metallenen Klängen weitergaben. Wir lafen und lafen immer wieder von den unglaublichen, fast märchenhaften Fortschritten unserer Heere im Feindesland, und es schien, daß kein Fluß und kein Gebirge und kein Meer dem Vordringen der Tapferen Einhalt zu gebieten vermochten.

Und heute noch, so oft wir in den Versailler Vertrag, in dieses Todesurteil über unser unglückliches Volk, hineinsehen, so oft strahlen beim Anblick seines ersten Blatts unsere Augen vor Stolz über die Tatsache, daß der Vertrag zwischen „Deutschland einerseits“ und 27 Staaten (Rußland ist nicht dabei, sonst wären es 28) „andererseits“ geschlossen werden mußte, ein Denkmal, wie es stolzer für keinen Sieger je seit Menschengedenken errichtet werden konnte.

Und doch waren und sind wir die Bestiegenen. Nicht weil wir auf dem Schlachtfeld geschlagen waren, nein, nur weil wir der Uebermacht, die aus der Welt der „unbeschränkten Möglichkeiten“ immer neue Kampfmittel gegen uns aufbrachte, nicht mehr widerstehen konnten.

Und aus diesem Grund hat man uns die Bedingungen diktiert. Ja, nicht einmal deswegen, weil wir den Krieg verloren hatten, sondern weil wir ihn verschuldet hatten. Sagte doch Clemenceau, unser grimmigster unerbittlicher Feind (im „Temps“ 27. Sept. 1920):

„Was in den Augen der ganzen Menschheit die französische Forderung rechtfertigt, das ist nicht der Ausgang der Feindseligkeiten, sondern allein der Ausgangspunkt des Kriegs. Wenn tatsächlich nicht die Mittelmächte es sind, die den Krieg hervorgerufen haben, warum sollten sie dazu verurteilt sein, dessen Schulden zu bezahlen? Eine geteilte Verantwortlichkeit, schließt sie nicht immer mit Fug und Recht die Teilung der Kosten in sich? Man teile also die Kosten, wenn Deutschland „Entschuldigungen hat!“

Also, das ist das Unerhörte und Unerträglich! Man machte uns moralisch verantwortlich für den Krieg, und aus diesem Grund und nur aus diesem Grund haben wir jene wahnsinnigen Schulden zu bezahlen, die uns, wenn nicht ein Wunder geschieht, unfehlbar zugrunde richten müssen.

Das ist auch der Standpunkt des Versailler Vertrags. Alle seine 440 Artikel, die nichts anderes bedeuten als ebensoviele unbarmherzige Keulenschläge auf den zu Tode geschundenen deutschen Volkskörper, — sie alle stehen und fallen mit jenem berüchtigten Artikel 231, wo freischnweg behauptet wird, daß der Krieg den verbündeten Mächten „durch den Angriff Deutschlands“ „gezwungen“ worden sei und deshalb wir „als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich“ seien.

An dieser Auffassung hält Lloyd George heute noch fest. Wie war es bei der Londoner Konferenz im März 1921? Als damals unser Außenminister Dr. Simons fast schlüchtern einen Widerspruch wagte, da donnerte ihm Lloyd George trotzig zu:

„Für die Verbündeten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend. Es ist die Grundlage, auf der der Bau des Vertrags von Versailles errichtet worden ist, und wenn dieses Eingeständnis abgelehnt oder aufgegeben wird, ist der Vertrag zerstört.“

Gewiß! Wir lehnen dieses Eingeständnis ab. „Wir tun es mit aller Entschiedenheit, die dem Willen eines großen, aber gemißhandelten Volkes nach möglich ist. Wir tun es mit dem allerbesten Gewissen, weil wir Tausende von Zeugen haben, die für unsere Unschuld eintreten. Monat für Monat mehr sich dieser Haufen. Ueberall in der Welt melden sie sich, in Rußland so gut wie in England, in Amerika noch mehr, und selbst in Frankreich vertaten sich in unbedachtem Augenblick selbst die Männer, die sonst über unser ungerechtes Schuldburteil zu triumphieren pflegen. So schrieb — um hier nur eine einzige der kräftigsten Stimmen wiederzugeben — der frühere Geschichtsprofessor an der Universität Cambridge, Headlam-Morley im März 1921 in der „Contemporary Review“:

„Keine verantwortliche angesehenere Stelle in England glaubt noch an die Verleumdung, Deutschland habe das Verbrechen des Weltkriegs mit Bewußtsein begangen, um sich die Vorherrschaft in Europa zu sichern; es ist ein vollendeter Unsinn, wenn behauptet wird, Deutschland habe eine friedliebende Welt mit Krieg überfallen.“

Das genaue Gegenteil trifft zu. Die neuerdings herausgegebenen 6 Bände der Akten unseres auswärtigen Amtes für den Zeitraum 1871—1914 beweisen in unüberleglicher Kraft unsere rückhaltlose Friedenspolitik. Die Kautzky'schen „Dokumente zum Ausbruch des Krieges“ zeigen Blatt für Blatt, wie unsere damalige verantwortliche Regierung sich alle erdenkliche Mühe gegeben hatte, den österreichisch-serbischen Streit auf Serbien zu beschränken. Die aus Anlaß des Feschenbach-Prozesses von dem Abgeordneten und Archidirektor Dr. Dietz vor wenigen Wochen im Auftrag des Landtags herausgegebenen „bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch“ geben klar und unzweideutig die Stimmung wieder, die in jenen kritischen Julitagen 1914 in Berlin vorherrschte und die nur von der Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens getragen war. Dazu nehme man den berühmten Schweden Kjeffer und seine Schrift über den Dreibund und den Dreiverband, wie jener alle die vielen Jahre hindurch eine Friedensbürgschaft sein wollte, während dieser (Frankreich, Rußland und England) zum Krieg hegte. Man lese die neuesten Enthüllungen, die Dobrowski, der ehemalige Chef der Petersburger Robilmachungsabteilungen, über die Vorgänge am Zarenhof am 30. Juli 1914 gemacht hat und die so recht eine Ehrenrettung glänzender Art für die Friedensliebe des deutschen Kaisers bilden. Und vollends die englisch-amerikanische Schrift: „England auf der Zeugenbank“ 1915, wie sie Woldeemar Schübe vor einigen Wochen aus der Verborgenheit herausgezogen hat und in der nebst dem russischen Minister Sazanow und Clemenceau der englische Erstminister Sir Edward Grey als der verbrecherische Kriegsmacher entlarvt ist. Nirgends, aber auch nirgends eine Spur, die auf eine Schuld Deutschlands führen könnte.

Wir schließen — und wir wüßten wahrhaftig keinen besseren Abschluß dieser Jahresbetrachtung — mit Woldeemar Schübe, der im Namen des deutschen Volk ruft:

„Wir verlangen jetzt unser gutes Recht, damit wir auch unsere Pflichten als Deutsche, als Menschen, als Weltbürger erfüllen können. Werden wir aber auch fernerhin geknechtet, zertümmert, vernichtet, so sind wir dazu nicht instande.... Deutschland verlangt sein Recht!“ W. H.

Der Bericht des Garantieauschusses

Die Pariser „Information“ behauptet den Inhalt des Berichts zu kennen, den der nach Berlin entsandte Garantieauschuss der Entschädigungskommission erstattet hat. Die Vorschläge des Ausschusses sind als die Bedingungen anzusehen, unter denen ein weitergehender Zahlungsausschub gemährt werden könne. So sollen vor allem im deutschen Reichshaushaltplan bedeutende Abstriche gemacht, Ausführung von Bauten, Neuanlagen, Verbesserung auf verschiedenen Gebieten unterlagert werden. Mit diesen Abstrichen zusammen ließe sich eine Ersparnis von 30 Milliarden Papiermark erzielen, wenn Deutschland gezwungen werde, den inneren Zinsendienst einzufrieren. Len, wenn also für die Kriegaanleihen und die sonstigen Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen keine Zinsen mehr ausbezahlt werden. Im März 1922 seien im Reich an Steuern 9 Milliarden Mark eingegegangen, im April 14 Mil-

harden, im Mai 17 Milliarden. Daraus könnte man schließen, daß die im Reichshaushaltplan für 1922 eingestellte Summe von 154,7 Milliarden an Steuern überschritten werde. Eine Anzahl industrieller Steuern könnte wesentlich erhöht werden. Der Schwerpunkt liegt aber in der Festigung des Marktkurses und in der Unterdrückung der Kapitalflucht. Es sei notwendig, eine Weltanleihe aufzubringen, von der die Hälfte für die Bezahlung der Kriegsschuldung, die andere für die Ordnung der deutschen Finanzen zu verwenden wäre.

Der Pariser „Temps“ nennt die Mitteilungen der „Information“ verfrüht.

Zur Kennzeichnung der Pariser Geistesverfassung sei noch angefügt, daß die Pariser Blätter eine Meldung verbreiteten, die Regierung habe Kenntnis erhalten, daß deutsche Monarchisten einen Anschlag auf Poincaré vorbereiten. Die deutsche Reichsregierung, die von Paris schon länger von der Anschuldigung unterrichtet gewesen sein muß, erklärte, die schwebenden Untersuchungen haben keinerlei Anhaltspunkte für die Behauptung der französischen Regierung ergeben, auch habe sie dem französischen Botschafter in Berlin keinen Bericht erstattet. Nun berichtet der Pariser „Deuore“, Poincaré selbst habe den neulich zu ihm gerufenen Zeitungsschriftleitern von dem deutschen Mordplan Kenntnis gegeben; die Entdeckung sei von der Regierung eines andern Verbandsstaats der französischen Regierung mitgeteilt worden. Ein Blatt behauptet, die deutsche Reichsregierung habe bei den Nachforschungen im Rathenauordn den Namen Poincaré auf einer der schwarzen Listen gefunden. — Die Reichsregierung wird ja wohl auch diese Verleumdung, die nur für die unerhörten Rohregeln Frankreichs gegen Deutschland einen Scheingrund abgeben soll, klarstellen.

Das Antwerpener Blatt „Echo du Soir“ behauptet, die Verbindung der Geheimpolizei von Belgien und Frankreich sei so eng, daß jede Waise, was die andere weiß. Mit dem gegen Poincaré geschmiedeten Plan habe die Organisation C nichts zu tun, er gebe von einer anderen Organisation aus, die ihren Sitz in einer Brauerei in München habe.

Aus dem Reich

Wie Deutschland planmäßig zugrunde gerichtet wird

Danzig, 31. Juli. Der Freien Stadt Danzig war die Auflage erteilt worden, nicht nur die Kosten der feindlichen Zivilverwaltung sondern auch der Besetzung Danzigs im Jahr 1921 mit 608 Millionen Mark zu tragen. Die Stadt hat am 20. März 1921 und am 21. April 1922 in Eingaben an den Botschafterrat die Unmöglichkeit nachgewiesen, die infolge der Markentwertung noch stark gesteigerten Ansprüche zu erfüllen. Der Botschafterrat hat sich endlich begeben gefühlt, darauf zu antworten, er wolle die Angelegenheit „prüfen“ lassen.

Der preussische Staatshaushalt

Berlin, 31. Juli. Der preussische Staatshaushaltplan enthält für das Rechnungsjahr 1922 an ordentlichen Einnahmen 27 320 Millionen, an außerordentlichen Einnahmen 12 730 Millionen, zusammen 40 050 Millionen Mark; an dauernden Ausgaben 18 932 Millionen, an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben 21 118 Millionen, zusammen ebenfalls 40 050 Millionen Mark. Die Domänen erbringen 98 Millionen bei 45 Millionen Ausgaben, die Lotterie 484 Millionen Einnahmen bei 440 Millionen Ausgaben, die Staatsforsten 1406 Millionen Einnahmen bei 436 Millionen Ausgaben.

Der Streit um den Meißner Dom

Dresden, 31. Juli. Die sozialistische Mehrheit des sächsischen Landtags hatte beschlossen, das Meißener und Wurzenener Domstift für den Staat in Anspruch zu nehmen und das Kirchengut einzuziehen, und die juristische Fakultät der Universität Leipzig wurde beauftragt, ein Rechtsgutachten abzugeben. Dieses ist nun von Prof. Alfred Schulze erstattet worden. Es lautet: In den „Kapitulationen“ von 1581 (Vertrag der sächsischen Landeskirche mit dem Staat) ist das Meißener Domstift samt Dom als Besitz der Landeskirche anerkannt und der Landesherr als Verwalter eingesetzt, was sich durch den Hebertritt des Kurfürsten August des Starken 1697 zum Katholizismus noch durch die Verfassung von 1831 nicht änderte. Das Vermögen des Stifts betrug 1917 etwas über eine Million Mark; im Grundbuch ist der Dom seit 1865 als Besitz des Stifts eingetragen und dieser Eintrag ist durch die Weimarer Reichsverfassung von 1919 endgültig gesichert und festgestellt. Das Stiftsvermögen ist nach dem Gutachten Kirchenamt und die Anziehung

Das lockende Licht.

Roman von Erich Eberstein.

(Nachdruck verboten.)

„Lauf zum Vater, Hans, und sag ihm, daß ich mit der Tante zum Nachbar Nimmhofer gehe, sie darf das Feuer jetzt nimmer sehen.“ sagt Josef hastig. Und mit ihren starken jungen Armen faßt sie die alte Frau unter den Schultern und führt sie, ihr begütigend zusprechend, hinaus.

Hans will sich eben nach dem Hof zu wenden, da hört er vom Waldweg das Hornsignal der Stützfeuerwehr, welche eben angefahren kommt. Unwillkürlich bleibt er einen Moment stehen.

Im selben Augenblick, just an der Hausede, baden ihn aber auch zwei derbe Hände und des Groß-Reichers Stimme schreit ihm zu: „Du verflöchter Brandstifter, jetzt weiß ich, wer mir den roten Hahn aufs Dach gesetzt hat!“

„Groß-Reicher! Jesus, Groß-Reicher — wirst doch mit denken.“

Schreck, Horn und Scham lassen Hans das Wort im Munde erstarben. Leichenblau färbt er den Bauer an. So was kann ihm der zutrauen?

Der Groß-Reicher schüttelt ihn wild hin und her. Das Schweigen, die Verwirrtheit des Vurschen verstärken nur seinen Verdacht. Seit langem nennt er heimlich den Gregor nicht anders als „Mörder“. — Warum sollte der andere nicht aus verstannter Liebe zum Brandstifter geworden sein?

Sie haben beide nicht darauf geachtet, daß die Feuerwehr inzwischen rasend in den Hof gefahren ist und dort bereits in Aktion tritt.

Sie sehen auch den Vater Hofmeister nicht, der jetzt auf sie zukommt, und erst als er dicht neben ihnen stehend verzagt anspricht: „Groß-Reicher, was um Gotteswillen tut Ihr denn da mit dem Vurschen?“ fallen des Bauers Hände zitternd vor Erregung schlaff herab.

durch den Staat ausgeschloffen. König Friedrich August III seit der Revolution nicht mehr Stiftheerr, einen Rechtsnachfolger hat der letzte König nicht erhalten, das jetzige Gesamtministerium ist nicht Rechtsnachfolger, wie auch der Auftrag der früheren „Minister in evangelischen Angelegenheiten“ nach der Revolution von 1918 durch eine Erklärung der Regierung erloschen ist. Allerdings hat der Staat, aber auch nur bis zur Trennung von Staat und Kirche, ein Aufsichtrecht über die beiden Stifte, aber deren Einziehung ist ausgeschlossen.

Deutschland wird ablehnen?

Berlin, 31. Juli. Die in der französischen Ablehnung des deutschen Stundungsgehechs der Ausgleichszahlung aufgestellten Behauptungen werden im Reichskabinett dem Sinn nach wie nach der Rechtsgrundlage als unhaltbar aufgefaßt und demgemäß abgelehnt werden.

Nach anderer Meldung sollen die französischen Forderungen nicht unbedingt abgelehnt, sondern neue Verhandlungen nachgesucht werden.

Zum Marktsurz

Berlin, 31. Juli. Im Reichsfinanzministerium werden gesetzliche Maßnahmen gegen die Spekulation in Devisen und Markentwertung beraten.

Die Beamtenverbände sind wegen Anpassung der Gehälter an die neue Preissteigerung beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden.

Einberufung des Reichstags?

Berlin, 31. Juli. Die Fraktionen der sozialistischen Parteien und der Demokraten haben die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt.

Vom Ausland

Verzögerung der Stundungskonferenz

London, 31. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, am Samstag habe der französische Botschafter eine längere Unterredung mit Minister Balfour gehabt, um ihm die Wichtigkeit auseinanderzusetzen, daß die Besprechung zwischen Lloyd George und Poincaré vor dem 15. August stattfinden, damit die Entschädigungskommission an diesem Tag auf das deutsche Gesuch um Zahlungsfrist eine Antwort geben könne. Sollte Statin mit der Kabinettsbildung noch im Verzug bleiben, so könnte auch die Beziehung des italienischen Botschafters genügen. Das Blatt entgegnet, Italien könnte dadurch, daß es nur durch einen Botschafter ohne Vollmachten vertreten sei, sich zurückgesetzt fühlen. Es sei überhaupt nicht einzusehen, wie die Entschädigungskommission, wenn man ihr nicht geradezu die vollste Unabhängigkeit beilegen wollte, am 15. August ein Unternehmen ausführen könne, wenn das italienische Mitglied an der Besprechung bis zu jenem Tag noch ohne amtliche Vollmacht von Rom sei.

In Paris ist man der Meinung, die englische Regierung wolle an eine Regelung der Kriegsschuldfrage erst herantreten, wenn sie wisse, welchen Erfolg ihre Sondergesandtschaft nach Washington bezüglich der Verbandschuld bei Amerika erreiche. Das würde bedeuten, daß die Konferenz erst im Oktober zustande kommen könne.

Die englische Presse beurteilt die Erklärung Poincarés als einen Schachzug. Lloyd George ist der Ansicht, daß die bevorstehende Besprechung eine Zusammenkunft des Obersten Rates sein müsse, während Poincaré sie auf eine englisch-französische Auseinandersetzung beschränkt wissen möchte.

Poincaré bringt einen Finanzplan

Paris, 31. Juli. „Eve Nouvelle“ erfährt, Poincaré wolle den Verbündeten einen Finanzplan vorlegen. Falls er nicht angenommen oder Deutschland erklären würde, daß es ihn nicht ausführen könne, so sei er entschlossen, mit „Sanktionen“ auch militärischer Art vorzugehen. Mit Rücksicht auf die Stimmung im Parlament sei er genötigt, die starke Karte auszuspielen.

Poincaré heßt weiter

Paris, 31. Juli. Bei der Einweihung des Schlachten-denkmals in den Argonnen hielt Poincaré eine Ansprache, in der er die Kämpfe in den Argonnen im Weltkrieg schilderte. Wer hätte damals, als Deutschland nach seiner Niederlage um Gnade bat, gedacht, daß es nach vier Jahren seine verbrecherische Schuld ableugnen, seine Niederlage ableugnen

und seine Befieger herausfordern würde! Die zerstörten Dörfer verlangen, daß das schuldige Deutschland sie wieder aufbaue. Und es wird das tun, freiwillig oder mit Gewalt gezwungen. Schon in Goethe habe der gewalttätige deutsche Geist gelebt, sonst hätte er nicht verlangen können, daß der deutsche Bormarsch 1815 von einem Kaiser im Bild überwiegt werden sollte. Goethe habe schon die Gewalttätigkeit gegen die französischen Dorfbewohner mit der Lüge zu rechtfertigen versucht, daß sie aus den Häusern geschossen haben. — Poincaré zeigt ein krankhaftes Bemühen, sich von der immer mehr durchbrechenden Wahrheit, daß er einer der Kriegsmacher war, zu retten, namentlich seit in der französischen Kammer ihm diese Anklage von den Abgeordneten Cachin und Couturier ins Gesicht geschleudert wurde. Im übrigen ist Poincaré nicht der Mann, der einem Goethe zu nahe treten könnte.

Die Dardanellenfrage

London, 31. Juli. (Reuter.) Auf den Einspruch der Sowjetregierung gegen die Einfahrt der griechischen Flotte in das Schwarze Meer erwiderte die britische Regierung, die Verträge über das Verbot der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Dardanellen seien mit der Durchfahrt der deutschen Kriegsschiffe „Göben“ und „Breslau“ im Krieg 1914 erloschen. Die griechische Flotte sei zu der Einfahrt ins Schwarze Meer (die auf Wunsch Englands erfolgte) ganz berechtigt, um so mehr, als Griechenland sich zu der türkischen Regierung in Angora (Kleinasiens) in Kriegszustand befinde. (Die „Göben“ und „Breslau“ wurden bekanntlich damals in die türkische Flotte übernommen.)

Aufsteigende Wolken im Osten

Paris, 31. Juli. Das Vorgehen der Griechen gegen die Türkei wird in Paris sehr ernst genommen. Die der Regierung nahestehenden Blätter schieben die Schuld auf den König Konstantin, der für seinen Thron fürchte, wenn er dem Land nicht Erfolge nach außen zeigen oder wenigstens sagen könne, daß es ein Mittel gebe, die Türken zu schlagen und aus dem dauernden Kriegszustand herauszukommen. „Deuore“ macht England den Vorwurf, daß es nicht ernstlich gegen die griechischen Bestrebungen eingeschritten sei und die Pläne Konstantins nicht mißbilligt habe. England habe vielmehr den griechischen Generalstab gerabazu ermutigt, indem es den russischen Einspruch gegen die Einfahrt der griechischen Kriegsschiffe ins Schwarze Meer, gegen die Beschießung offener türkischer Städte, ablehnte und indem es verlangte, daß über die angeblich von den Türken gegen die griechische Bevölkerung in Kleinasien verübten Grausamkeiten eine Untersuchung eingeleitet werde.

London, 31. Juli. „Daily Chronicle“ schreibt, die Verbündeten dürfen zwar die Besetzung Konstantinopels durch die Türken und ein Wiederaufleben des Kriegs nicht dulden, allein man müsse Verständnis für die Erbitterung der Griechen haben. Die Verbündeten haben durch ihre Besetzung Konstantinopels tatsächlich den Türken geholfen und die Friedensverhandlungen nicht genügend gefördert. Die Lage müsse unter allen Umständen ins Gleichgewicht gebracht werden. — „Daily Telegraph“ ermahnt die Griechen zur Geduld. Die formalistische Regierung in Angora und ihre bolschewistischen Helfer seien am Zusammenbruch.

Der Kohlenmangel in Amerika

Washington, 31. Juli. Die Regierung hat den Schiffahrtsgesellschaften nahegelegt, sich mit Kohlen für ihre Dampfer nur in solcher Weise zu versehen, daß die Schiffe die nächste Kohlenstation erreichen können. Nach dem 1. August werde sie sämtliche fremde Schiffe erfuchen, sich für Rundreisen in den fremden Häfen mit Kohle zu versorgen.

Württemberg

Stuttgart, 31. Juli. Zurückgenommene Berufung. Nach einer Mitteilung in der Sitzung des Vorstandes des würt. Lehrervereins ist die Verfügung des Kultusministeriums, wonach Lehrer wegen Kirchenaustritts aus dem Dienst entlassen wurden, zurückgenommen worden.

Stuttgart, 31. Juli. Lehrerforderungen. Der würt. Lehrerverein und der katholische Lehrerverein haben an das Kultus- und Finanzministerium sowie an den Landtag eine Beschwerde gerichtet, daß der neue Staatshaushaltplan für 1922 die Lehrer gegenüber den anderen Beamten des mittleren Dienstes und den Lehrern anderer Länder zurücksetze. Sie fordern verschiedene Abänderungen, so namentlich auch bei der Einstufung in die Befoldungsgruppe.

„Ich... ich... das Haus hat er mir angezündet, weil ich ihm die Dorn verwehrt hab!“ stammelt er atemlos und plötzlich auf Hans einschreiend: „Sag, daß es nicht wahr ist, wenn du kannst! Wie kommst denn herauf auf 'u Tullnersattel? Was kannst denn anders da wollen haben, wo doch keins mehr was wissen will von dir?“

Hans starrt mit seksem Blick von einem zum andern und schweigt.

Der Vater Hofmeister schüttelt den Kopf.

„Das kann ich von dir nicht glauben, Hans. Aber rede doch, sag, was dich herauf geführt hat?“

Hans murmelt: „Seil sag ich nicht, Hochwürden, und wenn er mich gleich ins Kriminal bringen laßt. Aber ein Brandstifter bin ich nit, so wahr unjer Herrgott im Himmel lebt!“

„Wird sich ja weisen!“ höhnt der Groß-Reicher, aber der Vater fällt ihm begütigend ins Wort. „Laßt den Streit jetzt, Groß-Reicher, ich steh Euch gut, daß der Hans nicht flieht. Laßt ihn jetzt in Gottes Namen ruhig nach Lorenzen zurück und denkt an Euer Hans. Soll gerettet werden, was noch zu retten ist, so sind wir beide jetzt dort nötiger als hier.“

Der Bauer fügt sich nur widerwillig. Aber er sieht doch ein, daß der Vater recht hat und begnügt sich, Hans noch drohend zuzuschreien: „Morgen früh mach ich die Anzeige, daß du 's weißt! Nachher wird sich 's ja weisen, was du da herumzuschleichen gehabt hast!“

Hans wädigt ihm keiner Antwort. Einen Blick wirft er noch auf das merklich kleiner werdende Feuer, dann geht er stumm mit großen Schritten talabwärts.

VII.

Als Hans den holprigen Weg zwischen eingepflanktem Weideland hinschreitet, der zu seinem väterlichen Hof führt, liegt es immer noch wie ein wäster Traum auf ihm.

Die große Feuersgode ist verstummt, da die Rote über dem Tullnersattel bläster und bläster wurde, ein Zeichen, daß man des Feuers Herr geworden.

Dafür hebt nun plötzlich wimmernd das Jügendlöllein zu läuten an. Jrgendwo in der Gemeinde ringt also eins mit dem Tode.

Hans achtet nicht darauf. All seine Gedanken sind bei dem einen: „Was sag ich morgen, wenn sie mich fragen, warum ich auf den Tullnersattel ging? Und wenn ich mir auch eher die Junge abbiße, als zu sagen, daß ich zu nachtschlafender Zeit hinter ihres Vaters Rücken mit Josef beisammen war — sie selber wird doch reden. Und dann werden sie mit Fingern nach ihr weisen.“

„So hab ich sie heute in Schande und Unehre gebracht, so redlich ich es auch meine und so wenig ich mir vorzuwerfen habe.“

„Aber die Leut halt, die Leut“... er hört sie schon wispern und flüstern und lachen.

„So eine Stotze, wie die Groß-Reicherdirn, da schaut nur und jetzt treibt sie sich nächstens mit ihrem Liebsten im Wald herum!“

Das Blut steigt Hans zu Kopf, die Hände ballen sich in ohnmächtiger Wut.

Verstört erreicht er den Verbauernhof. In der Stube unten und oben in der Eltern Schlafkammer ist noch Licht, obwohl es auf Mitternacht geht. Wahrscheinlich hat sie das Feuer nicht schlafen lassen.

Aber im Flur kommt ihm Diesel mit einem Licht in der Hand entgegen. Ihre Augen sind vom Weinen gerötet.

„Jesus, du bist 's! Ich hab gemeint, der Wast ist 's mit der Medizin... daß du nur endlich kommst, der Vater...“ sie bricht wieder in Tränen aus.

Hans steht erstarrt.

„Der Vater... was ist?“ stammelt er.

Diesel macht eine trostlose Handbewegung.

„Hörst nit? Jügendläuten tun's für ihn. Vor einer halben Stund ist der Doktor fort. Nachher hat ihn der Vater Marquard verjehen. Lang macht er's nimmer, sagt der Bader.“

(Fortsetzung folgt.)

Frl. Ellen Finkelschtein (Karlsruhe) errang den ersten Preis. Um den zweiten und dritten Preis mußten die Paare Herr Karl Deeg (Heilbronn) — Frl. Anita Jörn (Heilbronn) und Herr Heinrich Böhner (Wildbad) — Frl. Dora Kempnau (Höfen) nochmals antreten, wobei das erstere Paar siegte. Auch der vierte und fünfte Preis (der von Juwelier Bistum gestiftete Trostpreis) erforderte einen nochmaligen Ausstieg. Nachdem der Turnierleiter Herr Tanzmeister Singer das Resultat verkündet hatte, konnten die glücklichen Gewinner ihre Preise in Empfang nehmen. Damit war wohl das Turnier zu Ende, aber der anschließende Ball hielt die angeregte Stimmung noch lange wach.

Der Tropfpreis ist vom 1. August an von der Landesbäckereinnung in Württemberg und vom Verband württ. Konsumvereine mit Genehmigung der Landesversorgungsstelle auf 8 M für 1000 Gramm erhöht worden.

Vergütung der Umlageerhebung. Die Vergütung für die Umlageerhebung zu den landw. Berufsvereinigungen ist ab 1. April d. J. von 8 auf 24 Pfg. für jeden Beitragspflichtigen erhöht worden.

Viehbeschaugebühren. Auf die bisherigen Entschädigungen für Schlachtwiehe- und Fleischbeschau für Personen, die nicht Körperverletzungsbeamte sind, sollen künftig Erhöhungen um 150 Prozent geschlagen werden. Die Gemeinden werden dementsprechend die Gebühren erhöhen müssen.

Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Die am 9. Juli d. J. erhöhten Beiträge zur Krankenkasse werden wiederum um 50 Prozent erhöht.

Verfassungsdenkmünze. Zur Erinnerung an die Schaffung der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 wird eine Aluminium-Münze im Wert von 3 M und im Gesamtwert von 60 Millionen Mark geprägt. Die Münze soll auf den dritten Sodenstag ausgegeben werden.

Die neuen Aluminiummünzen werden nach einem Beschluß des Reichsrats vorerst nur in der Stückelung von 1, 3 und 5 M geprägt; die vom Reichstag weiter beschlossenen 2 Markstücke werden angefertigt, wenn sich ein Bedürfnis dafür geltend macht. Die Münzen erhalten einen einprozentigen Kupferzusatz, die 5 Markstücke außerdem einen am Rand sichtbaren dünnen Kupferleim. Die Schriftseite trägt innerhalb des aus einem flachen Stäbchen mit Perlenkreis bestehenden erhöhten Rands in lateinischen Buchstaben die Umschrift „Deutsches Reich“. Die Schauseite zeigt den aufstrebenden Reichsadler (nach dem Entwurf von Prof. von Wederke-München) mit geschlossenem Gefieder und nach rechts gewendetem Kopf.

Letzte Meldungen.

Die Drohung mit neuen Sanktionen.

Berlin, 31. Juli. Die Note Poincarés zu dem deutschen Gesuch um Herabsetzung der Ausgleichszahlungen liegt jetzt im Wortlaut vor. Die entscheidenden Sätze lauten:

Die Regierung der Republik kann nicht zugeben, daß alliierte Staatsangehörige für die ihrem Eigentum durch Anwendung außerordentlicher Kriegsmaßnahmen zugefügten Nachteile nicht entschädigt werden, während die deutschen Staatsangehörigen fortgesetzte Zahlungen für Schäden gleicher Art erhalten. Die Regierung der Republik kann bei dieser Sachlage Curer Erzellenz Antrag vom 14. Juli nur als null und nichtig ansehen. Sie rechnet daher mit der getreuen Ausführung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921

durch das Deutsche Amt und zweifelt nicht, daß den Verhandlungen gegenüber den systematischen Verzögerungen des Deutschen Amtes bei der Anerkennung der alliierten Forderungen Rechnung getragen wird. Es besteht abriens die ganz bestimmte Absicht, die Forderungen in Paris und Straßburg solange nicht über deutsche Forderungen erkennen zu lassen, als sie nicht die Gewißheit erlangt haben, daß die Interessen der französischen Gläubiger gewahrt sind oder gewahrt werden.

Ich habe daher die Ehre, Sie zu bitten, mir binnen einer Frist von 10 Tagen vom Datum dieses Schreibens ab gerechnet, die Zusicherung zu geben, daß das Deutsche Amt künftig das Londoner Abkommen dadurch ausführt, daß es jeden Monat den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund zahlt. Da mich der von Curer Erzellenz überbrachte Antrag auf den Gedanken gebracht hat, daß das Deutsche Amt nicht mehr die Absicht hatte, den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund zu zahlen, habe ich für diese Eventualität eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen beschlossen.

Sollte die Deutsche Regierung in der vorbezeichneten Frist nicht die Zusicherungen gemacht haben, die ich von Curer Erzellenz dringend fordere, so schließe ich daraus, daß meine Annahme richtig ist, und die vorgezeichneten Maßnahmen werden sofort und automatisch zur Anwendung gelangen.

gez. Poincaré.

Die kommende Reichstagswahl in Bayern.

München, 31. Juli. Es ist sicher, daß heute nachmittags im Landtag in den hinter der Regierung stehenden Fraktionen auch eine Besprechung wegen Umbildung der bayerischen Regierung stattfinden wird. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind kaum länger haltbar, da die jetzige Regierung nach dem Ausscheiden der Demokraten eine Minderheitsregierung ist. Es besteht nämlich die Tatsache, daß von allen sieben Ministerien die Bayerische Volkspartei sechs inne hat, und von diesen sechs sind wieder drei in der Hand eines Mannes, nämlich in der Hand des Ministerpräsidenten, des Auperes, Justiz und Handel verwaltet. Zweifellos wird die Mittelpartei für ihre Unterstützung des Kabinetts Versehenfeld eine entsprechende Anzahl Ministerien beanspruchen. Die bayerische Volkspartei hat 65 Mandate, die Bayerische Mittelpartei — Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei — 20 Mandate, und der Bayerische Bauernbund 12 Mandate. Der Bauernbund hat sein Landwirtschaftsministerium. Es wird sich also darum drehen, ob die Bayerische Volkspartei an die Bayerische Mittelpartei zwei Ministerien abzugeben geneigt ist. Natürlich wird dabei nicht alles glatt gehen, so daß also die Regierungsumbildung in Bayern sich nicht von heute auf morgen vollziehen kann. Sie muß aber noch in dieser Woche erfolgt sein, da in der kommenden etwa achtwöchentlichen Ferienzeit die Bayerische Mittelpartei nicht ohne ihre Vertrauensmänner, das heißt Minister, im Kabinett sein will, wenn sie zur Koalition gehören soll.

Wenn in einer Unterredung, die der bayerische Ministerpräsident einem Sonderberichterstatter eines Berliner Blattes gegeben hat, erwähnt ist, daß der Ministerpräsident mit einem Wiedereintritt der Demokraten rechnet, so ist diese Äußerung von dem Berichterstatter, wie dem Münchener Vertreter des „N. Z.“ versichert wird, falsch wiedergegeben worden. Der Ministerpräsident hat nicht gesagt, daß er mit dem baldigen Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung rechnet, sondern er hat im allgemeinen erklärt, daß selbstverständlich einmal wieder ein Wiedereintritt der Demokraten erfolgen könne, wann aber, das ließe sich nicht sagen.

Ausführung gegen die Sowjetregierung.

Paris, 31. Juli. Der „Matin“ erfährt von seinem Korrespondenten in Riga, daß im Real ein Aufstand gegen die Sowjetregierung ausgedehnt ist. Der Aufstand wird von den Soldaten Petrows ausgeführt. Die Truppen befinden sich angeblich auf dem Marsch gegen Petersburg und haben die Stadt Biatcha eingenommen. Die Regierung von Moskau hat den Aufständischen zwei Divisionen entgegen geschickt, die aber größtenteils zu den Russländern übergegangen sein sollen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 31. Juli 671,70 Mark.
1000 österreichische Kronen = 15 1/2 Schweizer Rappen.
Der Wert der Mark im Auslande. Für 100 Mark wurden Ende voriger Woche bezahlt: in Zürich 0,9750 Franken (vor dem Kriege 125,40 Franken), in Amsterdam 0,47 Gulden (59,20), in Kopenhagen 0,88 Kronen (88,80), in Stockholm 0,73 Kronen (88,80), in Wien 0,85 Kronen (117,50), in Prag 8,10 Kronen (117,50), in London 0,98 Schilling (97,80), in New York 0,1738 Dollar (23,80), in Paris 2,20 Francs (125,40), in Rom 3,95 Lire (125,40).

Der Papiergeldumlauf betrug in der dritten Juliwoche 177 027 Millionen Reichsbanknoten und 11 267,6 Darlehenskassenscheine, zusammen 188 294,6 Millionen Mark. Gegenüber der zweiten Juliwoche hat der Bestand um 1450,3 Millionen zugenommen und zwar ist der Umlauf an Noten um 1589,6 Millionen gestiegen, derjenige der Darlehenskassenscheine um 139,3 Millionen zurückgegangen.

Landesproduktenbörse Stuttgart, 31. Juli. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt war in abgelauner Woche panikartig, hervorgerufen durch die tschech. Entwertung der deutschen Währung. Eine Preisbestimmung ist heute ganz unmöglich. Vom Auslande ist jeder Bezug infolge der hohen Devisen unrentabel und die Vorräte in inländischen Waren sind nicht mehr beträchtlich. Preisnotierungen erfolgten deshalb auf der Börse am 31. Juli hier nicht.

Wärkte

Stuttgart, 29. Juli. Der Obstmarkt ist dauernd stark besetzt, ganz besonders reichlich in Pfirsichen. Äpfel kommen viel zu unzeit zu Markt, Charlamowsky dürfen noch 1—2 Wochen am Baum hängen. Schwer abzusetzen sind Johannisbeeren und geringere Äpfel, alles andere geht flott ab. Für Pflaumen werden ganz unerhöhte Preise bezahlt, z. T. noch über die Pfirsichpreise; Erntingründe werden gekauft, kosten sie was sie wollen, der Kleinhändler zeigt hier einen abel angebrachten Eifer. Mehrere vor 9 Uhr im Großhandel aufgekauft Sendungen Johannisbeeren und Pfirsiche wurden polizeilich beschlagnahmt. Der Gemüsemarkt war gut besetzt, die Zufuhr konnte aber der starken Nachfrage kaum genügen. Besonders gefragt war Kopsalat. Pilze kommen immer noch reichlich. Steinpilze kosteten 9—10 M, Pfifferlinge 7—7,50 M, Champignons 8—9 M pro Pfund.

Ellwangen, 29. Juli. Schweinemarkt. 9 Milchschweine kosteten 6500—7500 M, Läuferchweine 12 000 M das Paar.

Schweinemarkt Balingen, 31. Juli. Zufuhr 284 Milchschweine und 10 Läuferchweine. Der Preis für ein Milchschwein betrug 1750—2000 M, für ein Läuferchwein 3200—3600 M. Der Handel war lebhaft, alles wurde verkauft.

Munderkingen, 31. Juli. Pferde- und Viehmarkt. Der Jahrmarkt war gut besetzt von 62 Pferden, über 400 Stück Großvieh und mehr als 500 Schweinen. Pferde kosteten 22 000 bis 60 000 M, Fohlen 10 000 bis 33 000 M, Ochsen 21 500 bis 42 000 M, Kühe 18 500 bis 30 000 M, Kalbena 21 000 bis 40 000 M, Jungkinder 10 000 bis 17 000 M, Mutterchweine 15 000 bis 20 000 Mark, Läufer 7000 bis 9000 und Milchschweine 2000 bis 3000 M. Gesamtumsatz: 4 1/2 Millionen Mark.

Wutmaßliches Wetter.

Die S. B. unen sind in der Kaufsache verjährt, so daß für Mittwoch und Donnerstag mit ziemlich heilem, warmem Wetter ohne sonstige Niedererschläge bei nur mäßiger Lufttemperatur gerechnet werden kann.

Bad Wildbad.

Vorschriften über die Fremden-Wohnsteuer.

1. Vom 1. Mai 1922 ab erhebt die Stadt Wildbad von allen sich nur vorübergehend hier aufhaltenden Personen eine Fremdenwohnsteuer von 10 Prozent des Mietentgeltes, wenn das Entgelt für den Tag oder die Uebernachtung 5 Mk. oder mehr beträgt.

2. Die Steuer haben zu entrichten Hotels, Gasthäuser, Fremdenheime, Pensionen, sowie Personen aller Art (auch Privat-Personen), die Wohn- und Schlafräume zur Beherbergung für vorübergehenden Aufenthalt an Fremde, Kurgäste und Passanten abgeben.

3. Die Steuer ist für jeden Tag oder für jede Uebernachtung und für jede Person nach dem für das Zimmer oder die Wohnung festgesetzten oder zu berechnenden Tagespreis zu entrichten.

Abzüge für Bedienung und sonstige Nebenleistungen wie Heizung, Beleuchtung, Bad, Hotelwagen u. s. w. dürfen nicht gemacht werden.

Ist für die Beherbergung und die Beköstigung ein Gesamtpreis (Pensionspreis) vereinbart, so kann für die Beköstigung ein angemessener Teil und zwar höchstens bis zu 80% des Pensionspreises abgezogen werden.

4. Die Steuer ist mit dem Mietpreis oder Pensionspreis zur Zahlung fällig und vom Vermieter mittelst Steuermarken [Z. 5] zu entrichten. Der Vermieter ist berechtigt, die Steuer dem Mieter gesondert in Rechnung zu stellen und von ihm mit dem Mietpreis oder Pensionspreis einzuziehen. Der Mieter haftet für die Steuer.

5. Die Erhebung der Steuer erfolgt zur Vereinfachung durch Verwendung von Steuermarken unter Abrundung nach unten auf ganze oder halbe Mark. Die Steuermarken sind vom Vermieter bei der Stadtpflege zu erwerben, jeder Rechnung über Mietzinse oder Pensionspreise in der Höhe der zu entrichtenden Fremdenwohnsteuer aufzukleben und vom Vermieter durch Beisetzung des Datums zu entwerfen.

Steuerbeträge unter 50 Pfennig werden nicht erhoben.

6. Ueber Steuerpflicht, Steuernachlaß, Steuerbefreiung, Anmeldepflicht, Anwendung der Reichsumsatzsteuervorschriften gelten im Uebrigen die Vorschriften der Min.-Verf. vom 26. Mai 1920 betr. die Fremdenwohnsteuer [Reg.-Bl. 314].

Die Hinterziehung der Steuer wird mit einer Geldstrafe bis zum zehnfachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft. Die Steuer wird unabhängig von der Bestrafung eingezogen.

In jedem der Fremdenbeherbergung dienenden Gebäude ist ein Abdruck dieser Steuer-Vorschriften an einer für Jedermann ersichtlichen Stelle anzuschlagen.

Wildbad, den 20. April 1922.

Gemeinderat: Vors. Bälzner.

1 od. 2 Schlafzimmer
wollene Einbauten liegen gelassen. Der Funder wird gebeten, dieselbe bei Gutbus Billa Johanna gegen Bezahlung abzugeben.

Zu erfragen in der Tagblattgeschäftsstelle.

Mädchen
für Zimmer u. Haushalt auf sofort gesucht.
Digastraße 6.

Landeskurtheater
Direktion: Steng & Krauß
Dienstag, den 1. August
Film Frankfurter Lustspiel in 3 Akten
Mittwoch, den 2. August
Orpheus in der Unterwelt komische Oper in 4 Akten

Ucker od. Wiese
von hiesigem Einwohner für landwirtschaftliche Zwecke zu kaufen gesucht.
Lage einerlei, wenn auch abgelegen, wenn Preisentsprechend in Nähe Wildbad, oder auch bis Enzlstöckerle.
Angebote mit Größe und Preis an die Exped. ds. Bl. unter Nr. 546.

!! Sommersprossen !!
Ein einfaches wunderbares Mittel teils ich gern Jedem kostenlos mit.
Frau M. Poloni, Hannover
Schließfach 108 P. 554

Radfahrer-Verein
Schwarzwald, Wildbad
Dienstag abend 9 Uhr

Bersammlung
im „grünen Hof“
Aktive, sowie passive Mitglieder werden ersucht, der wichtigen Tagesordnung halber vollständig zu erscheinen.
Der Vorstand.

Evang. Stadtkirche
Mittwoch, den 1. Aug., abends 8 1/2 Uhr
Kirchenkonzert
veranstaltet von
Gertrud Elden (Alt) u. Manfred Schütz (Orgel) aus Stuttgart
unter Mitwirkung von Konzertmeister Berner Lehmann.
Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zu haben in den Buchhandlungen von Pauke (Graf Eberhardsbau), Tritler (König-Karlstraße) und bei Uhmacher Hieber (Wilhelmstraße), sowie am Konzertabend am Eingang der Kirche.

Homöopathie u. Naturheilkunde
Bennfeldstr. 21. H. Maier, Pforzheim Fernruf 2218.
behandelt: Gicht, Rheumatismus, Njstias, Adrenverfallung, rheumatische Gesicht- u. Kopfschmerzen, Hautauschlag, Krampfadergeschwüre, offene Beine usw. mit bestem Erfolg.
Augendiagnose. Sprechstunde in Wildbad: Freitag vormittag 8—1 Uhr, Kochstraße 193 bei Fischer.

Zwei 10 Wochen alte
Salz- und Pfeffer-Schnauzer
hat zu verkaufen
Karl Rath, Digastr.
Berlora Brillant-Ohring.
Abzugeben gegen gute Bezahlung.
Bahnhofhotel.

Inseriert im „Tagblatt“!